

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

17. Jahrgang

Berlin, den 26. April 1950

Nummer 17/18

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Der wirtschaftliche Wiederaufbau in Westdeutschland

Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf einer soeben von vier wirtschaftswissenschaftlichen Instituten veröffentlichten Denkschrift¹⁾, die den Versuch unternimmt, die Grunderfordernisse eines wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramms für Westdeutschland zu entwerfen. Es kam den Verfassern dabei darauf an, eine Vorstellung von den Größenordnungen zu geben, in die die Wirtschaft in den nächsten Jahren hineinwachsen müßte, wenn bis Mitte der fünfziger Jahre Lebensfähigkeit und Vollbeschäftigung erreicht werden sollen. Bei der Arbeit mußte allerdings, wie es in der Denkschrift heißt, „einstweilen von der zur Zeit gegebenen Voraussetzung eines Sonderdaseins Westdeutschlands ausgegangen werden, so dringend gerade auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine baldige Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands gewünscht und erhofft wird. Ohne diese Wiedervereinigung bleiben die erörterten Vorschläge unbefriedigend und zur Lösung des gesamtdeutschen Wirtschaftsproblems nicht ausreichend.“ Bei solchen Vorbehalten ist der Wert der Denkschrift vor allem in dem Versuch zu sehen, zahlenmäßig aufzuzeigen, welche außerordentlichen Anstrengungen es bedürfen wird, im isolierten Westdeutschland die Arbeitslosigkeit zu überwinden und von Auslandshilfen unabhängig zu werden.

Westdeutschland — einschließlich Westberlins — hat zur Zeit rd. 50 Millionen Einwohner. Hiervon wären unter Vorkriegsverhältnissen die Hälfte, also 25 Millionen, erwerbstätig gewesen. Statt dessen befinden sich gegenwärtig nur etwa 20 Millionen in selbständiger und unselbständiger Arbeit, über 2 Millionen sind arbeitslos. Die weitere Differenz von etwa 3 Millionen erklärt sich aus dem veränderten Altersaufbau, dem vergrößerten Frauenüberschuß, der großen Zahl von Kriegsbeschädigten, aber auch aus der unvollständigen Erfassung der zur Zeit Unbeschäftigten. Die je Erwerbstätigen erzielte volkswirtschaftliche Leistung ist aus den bekannten Gründen heute immer noch geringer als vor dem Kriege; man kann insbesondere in der Industrie und in der Bauwirtschaft mit einer Produktionsminderung je Kopf der Arbeitnehmer um rd. ein Fünftel rechnen. Der gegenwärtige Arbeitseinsatz entspricht somit einem Vorkriegspotential

von nur 17—18 Millionen Vollarbeitskräften, statt einem „Soll“ von 25 Millionen. Dies bedeutet, gemessen am Vorkriegsmaßstab, einen Ausfall der Arbeitsleistung von 7—8 Millionen Arbeitskräften oder von rd. 30 vH des unter Vorkriegsverhältnissen gegebenen Leistungspotentials. Das Sozialprodukt ist entsprechend zurückgeblieben.

Zielsetzung des Wiederaufbaues

Ziel des Wiederaufbaues muß es sein, sämtliche Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen wieder in den Wirtschaftsprozeß einzugliedern und dabei die Produktivität je Arbeitskraft zum mindesten wieder auf den Vorkriegsstand zu erhöhen. Vorausgesetzt wird bei dieser Zielsetzung, daß das auf diese Weise erheblich vergrößerte Sozialprodukt auch reibungslos abgesetzt werden kann, daß also Kreislaufstörungen, wie sie insbesondere aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 bekannt sind, nicht entstehen. Besonders bedeutungsvoll ist die Erfüllung dieser Voraussetzung für den außenwirtschaftlichen Verkehr.

¹⁾ „Lebensfähigkeit und Vollbeschäftigung. Ein Beitrag zur Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Westdeutschland.“ Herausgegeben von: Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kiel; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin; Rheinisch-Westfälisches Institut für praktische Wirtschaftsforschung, Essen; Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung, Bremen.

Umfang, zeitlicher Ablauf und Engpässe des Wiederaufbauprogramms

Anders als in den Krisenjahren 1929—1932 stehen für die Unterbringung der zur Zeit Arbeitslosen sowie für den zu erwartenden Zuwachs an Arbeitskräften Produktionskapazitäten nur noch in begrenztem Umfang zur Verfügung. Der Wiederaufbau der Wirtschaft wird also vor allem in der Neuerstellung von Produktionsstätten bestehen müssen; auch die viele Jahre unterbliebene Überholung der Anlagen sowie die vielfach notwendige Rationalisierung der Betriebe erfordert einen erheblichen Investitionsaufwand. Dazu kommt noch der Bedarf an Wohnungen infolge der Kriegsschäden sowie der Wohnungsbedarf der in Westdeutschland aufgenommenen rd. 9 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge. Weiter unten wird gezeigt werden, daß für die genannten Zwecke insgesamt ein Investitionsaufwand von 60—80 Mrd. DM erforderlich erscheint, ungeachtet der laufenden Unterhaltung des Produktions- und Verteilungsapparates. Schon aus der Größe des Investitionsbedarfs geht hervor, daß das in Frage kommende Wiederaufbauprogramm nicht bis zu dem Zeitpunkt des Auslaufens der Marshallplanhilfe (Mitte 1952) abgewickelt werden kann, sondern auf einen längeren Zeitraum verteilt werden muß.

Faßt man, um zu einer Diskussionsgrundlage zu kommen, zunächst als Ziel ins Auge, die gestellte Aufgabe bis Ende 1955, also innerhalb von sechs Jahren zu lösen, so kommt man, rein rechnerisch, auf ein Investitionserfordernis von durchschnittlich jährlich rd. 12 Mrd. DM. Die im Jahre 1949 tatsächlich erreichte Netto-Investition betrug demgegenüber nach amtlichen Angaben rd. 9 Mrd. DM. Es wird somit großer Anstrengungen bedürfen, in den kommenden Jahren das Investitionsvolumen auf das für ein Sechsjahresprogramm erforderliche Ausmaß zu steigern. Auf der anderen Seite würde jede Verlangsamung des Wiederaufbaues eine Verzögerung der endgültigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit hervorrufen, sowie aus Gründen, auf die noch näher eingegangen werden soll, eine von der Außenhandelsbilanz ausgehende Gefährdung des Programms bedeuten.

Neben den mangelnden Produktionskapazitäten (zu denen auch ausreichender Wohnraum gerechnet wird) stellt sich nämlich immer mehr die Außenhandelslage als schwierigster Engpaß für den Wiederaufbau heraus. Einer Einfuhr im Werte von rd. 2,3 Mrd. Dollar stand im Jahre 1949 nur eine Ausfuhr von rd. 1,15 Mrd. Dollar gegenüber. Die Differenz wurde größtenteils durch GARIOA- und ERP-Mittel ausgeglichen.

Ein Restbetrag mußte von den Lieferländern gestundet werden. Da im Zuge des Wiederaufbauprogramms der deutsche Einfuhrbedarf noch erheblich steigen wird, auf der anderen Seite die aus GARIOA- und ERP-Mitteln gegebene Hilfe bis Mitte 1952 ausläuft, werden die künftige wirtschaftliche Entwicklung und damit die Aussichten für das in Frage stehende Wiederaufbauprogramm weitgehend von der befriedigenden Einschaltung Westdeutschlands in den Weltmarkt abhängen. Auf alle Fälle wird der hier angedeutete Engpaß bei der künftigen Gestaltung der deutschen Wirtschaft eine entscheidende Rolle spielen.

Ernährung und Landwirtschaft

Westdeutschland (Bundesgebiet einschl. Westberlins) muß heute für die Ernährung von rd. 9 Mill. Menschen¹⁾ mehr aufkommen als dies vor dem Kriege der Fall war. Bis Ende 1955 wird sich diese Zahl voraussichtlich noch um annähernd 2 Millionen erhöhen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird, den gesamten Nahrungsbedarf von 11 Mill. Menschen, dessen Wert man bei Vorkriegsansprüchen und heutigen Preisen pauschal auf rd. 1 Mrd. Dollar schätzen kann, zusätzlich, d. h. neben dem normalen Importbedarf der Stammbevölkerung, durch Einfuhr zu beschaffen. Die jährlich erforderliche Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln würde hierdurch auf über 2 Mrd. Dollar steigen (demgegenüber betrug die tatsächliche Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln im Jahre 1949 für 50 Mill. Einwohner bei bescheidenen Ansprüchen 1,1 Mrd. Dollar).

Die Nahrungsmittelproduktion der deutschen Landwirtschaft muß also, um die Zahlungsbilanz zu entlasten, weit über das Vorkriegsniveau gehoben werden. Ferner wäre es eine große Hilfe, wenn die Ernährungsweise der Bevölkerung weiterhin dem Umstand Rechnung trüge, daß der deutsche Vorkriegsverbrauch von Fleisch und Fett reichlich hoch lag, so daß eine gewisse Einsparung zugunsten des Verzehrs von Kohlehydraten ohne Schädigung der Gesundheit möglich wäre. Solche Einsparungen würden den Einfuhrbedarf stark herabsetzen.

Die eingangs erwähnte Denkschrift unterstellt, daß es, ähnlich wie dies in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen der Fall war, gelingen müßte, die landwirtschaftliche Erzeugung Westdeutschlands im Laufe von fünf Jahren um 15 vH zu steigern. Eine solche Steigerung würde nach 1955 eine Einsparung an einzuführenden Nah-

¹⁾ Bevölkerung des Bundesgebietes vor dem Kriege (1936) rd. 38 Millionen, heute nahezu 48 Millionen, dazu Westberlin vor dem Kriege 2,7 Millionen, heute 2,1 Millionen Einwohner.

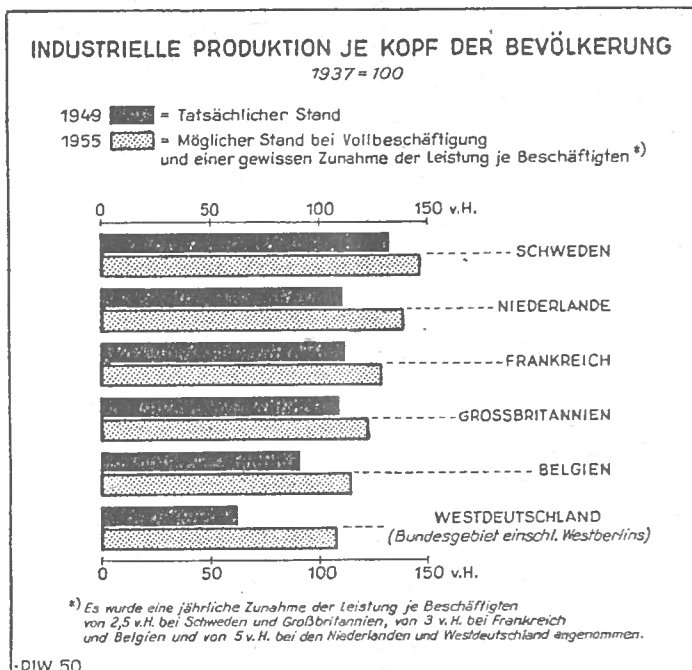
rungsmitteln in einer Größenordnung von jährlich 0,5 Mrd. Dollar ermöglichen.

Für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion kommen nach der erwähnten Denkschrift vor allem folgende Maßnahmen in Frage:

1. Fortschrittliche Betriebsgestaltung insbesondere in jenen Betrieben, die bisher von längst bekannten technischen Fortschritten keinen oder nur in ungenügendem Umfang Gebrauch gemacht haben. Um dies zu erreichen, soll das landwirtschaftliche Beratungswesen intensiviert werden.
2. Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge durch erhöhten Mineraldüngeraufwand in

4,8 Millionen — wird es erforderlich sein, die Zahl der industriellen Arbeitsplätze auf rd. 6,5 Millionen zu steigern. Es würde dies — Vorkriegsproduktivität je Arbeitskraft vorausgesetzt — zu einem industriellen Produktionsindex von 150 (1936 = 100) führen. Heute bewegt sich dieser Index für das Bundesgebiet einschl. Westberlins noch immer zwischen 90 und 95, während die übrigen wichtigen Industrieländer einen weit höheren Index ausweisen. Eine Steigerung der industriellen Produktion von 90—95 auf 150 im Verlauf von nur sechs Jahren bedeutet eine jährliche Zuwachsrate von etwa 9 vH. Annähernd je die Hälfte dieses Zuwachses würde auf die in Aussicht genommene Vermehrung der Arbeits-

Abb. 1



Verbindung mit einer geregelten Humuswirtschaft. Der Düngemittelverbrauch Westdeutschlands bleibt zur Zeit gegenüber den übrigen Marshallplan-Ländern erheblich zurück.

3. Flurbereinigung und Meliorationen.

Industriewirtschaft

Der Hauptanteil der zur Zeit Arbeitslosen und der durch Bevölkerungszuwachs und durch Rationalisierung von Handel, Verkehr und Verwaltung zu erwartenden zusätzlichen Arbeitskräfte wird in der Industrie untergebracht werden müssen; während vor dem Kriege (1936) die Zahl der Industriebeschäftigten (ohne Bauindustrie, einschl. der Energieversorgung) im heutigen Bundesgebiet einschl. Westberlins rd. 4,3 Millionen betrug — derzeit sind es rd.

kräfte und auf die Steigerung der Produktion je Arbeitskraft zu entfallen haben. — Es versteht sich ohne nähere Erläuterung, daß derartige Zuwachsraten eine längere Zeitperiode hindurch nur unter größten Anstrengungen erzielt werden können. Vergleichsweise sei erwähnt, daß die Steigerung der industriellen Produktion in den Jahren 1932—1938 noch etwas größer war (sie betrug jährlich etwa 13 vH), jedoch waren damals die Voraussetzungen für eine solche Steigerung weit günstiger als heute. Der Ausgangsstand — 1932 — lag im Tief einer konjunkturellen Krise, Produktionskapazitäten waren reichlich vorhanden. Ferner wurde die Produktionssteigerung von seiten der autoritären Regierung für die Zwecke der Aufrüstung mit allen Mitteln vorwärts getrieben. Heute ist das Krisentief in Westdeutschland bereits geraume Zeit überwunden, freie Produktionskapazitäten sind nur in begrenztem

Umfang vorhanden, dazu wird die Industrie vielfach durch einschränkende Bestimmungen der Besatzungsmächte (Stahlquote!) an einer in sich ausgeglichenen Aufwärtsentwicklung behindert.

In einer früheren Veröffentlichung¹⁾ bezifferte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung den für einen neuen industriellen Arbeitsplatz erforderlichen finanziellen Aufwand auf 12 000 bis 14 000 DM. Unter den erörterten Voraussetzungen handelt es sich bei dem industriellen Wiederaufbau Westdeutschlands (einschl. Westberlins) um die Neuschaffung bzw. Rationalisierung von Arbeitsplätzen für 2 bis 2,5 Mill. Menschen. Dazu tritt noch ein gewisser Investitionsbedarf für Regeneration der überalterten Produktionsanlagen. Insgesamt wird der erforderliche Aufwand für industrielle Investitionen auf 30 bis 40 Mrd. DM zu schätzen sein. Verteilt auf sechs Jahre, ergäbe dies im Durchschnitt jährlich etwa 6 Mrd. DM.

Wohnungsbau

Der Wohnungsbedarf im Bundesgebiet wird von berufener Seite auf etwa 4 Millionen Wohnungen geschätzt. Davon sollen im laufenden Jahr 250 000 Wohnungen mit einem Aufwand von 2,5 Mrd. DM erstellt werden. Der Nutzen dieser Bauvorhaben besteht nicht nur in der Deckung des vordringlichen Wohnbedarfs, vielmehr bildet der Wohnungsbau das Rückgrat des gegenwärtigen Arbeitsbeschaffungsprogramms. Man rechnet, daß durch ein zusätzliches Bauvolumen je 1 Mrd. DM rund 120 000 Bauarbeiter beschäftigt werden können. Hierzu treten noch die mittelbaren Ausstrahlungen der Wohnungsbautätigkeit. Man kann unterstellen, daß noch einmal annähernd ebensoviel Kräfte in den Zuliefer- und Ergänzungsindustrien des Wohnungsbau (Baustoffindustrien, Holz- und metallverarbeitende Handwerkszweige, Ausstattungsgerätschaften) beschäftigt werden.

So betrachtet, wird es unter Umständen zweckmäßig sein, in dem hier behandelten Zeitraum den Wohnungsbau noch stärker zu massieren, um in den Jahren nach 1955 im Zuge der mit den Investitionen wachsenden Unterbringungsmöglichkeiten von Arbeitskräften in der Industrie die Bautätigkeit allmählich abklingen zu lassen. Unter dieser Voraussetzung kann das bis Ende 1955 zu bewältigende Wohnungsbauprogramm auf annähernd 20 Mrd. DM veranschlagt werden. Allerdings wird es zur ungestörten Durchführung eines derartigen Programms notwendig sein, baldigst einen Standortplan für die neu anzu-

siedelnden Industrien zu entwickeln, auf den das Wohnungsbauprogramm abzustimmen wäre.

★

Neben den Investitionsvorhaben der Industrie und der Wohnungswirtschaft verlangt der wirtschaftliche Wiederaufbau nennenswerte Investitionen im Verkehrswesen (hier vor allem bei der Seeschifffahrt), im Fernmeldewesen, in der Landwirtschaft, in Handwerk und Handel und, in bescheidenerem Umfang, in der öffentlichen Verwaltung (einschl. Gesundheitswesen, Bildungswesen usw.). Alles in allem ist der Investitionsbedarf für die Zeit bis Ende 1955 auf 60 bis 80 Mrd. DM zu veranschlagen. Der große Spielraum zwischen den beiden genannten Beträgen soll andeuten, daß es sich bei dieser Angabe nur um eine überschlägige Schätzung, nicht etwa um das Ergebnis einer im einzelnen ausgearbeiteten Untersuchung handelt.

Außenhandel

Es wurde eingangs bereits darauf hingewiesen, daß bei dem Versuch, die westdeutsche Wirtschaftstätigkeit nennenswert auszuweiten, das unzureichende Außenhandelsvolumen sich als schwierigster Engpaß erweisen dürfte. Die weiter oben genannten für die Ein- und Ausfuhr im Jahre 1949 ausgewiesenen Zahlen sind insofern wenig ermutigend, als bei Durchführung des hier zur Diskussion gestellten Wiederaufbauvorschlages der künftige Einfuhrbedarf erheblich steigen wird, auf der anderen Seite aber die Bezahlung der Einfuhr — im Gegensatz zu 1949 — nach einer verhältnismäßig kurzen Übergangszeit gänzlich aus eigener Kraft, also aus Ausfuhrerlösen, erfolgen muß. Die Erreichung dieses Zieles, der sog. „viability“, ist im Marshallplan bis Mitte 1952 befristet. Bis dahin stehen für 2½ Jahre (gerechnet ab Anfang 1950) ERP-Mittel in Höhe von zusammen etwa 1,2 Mrd. Dollar zur Verfügung. Es dürfte schwierig, wenn nicht unmöglich sein, mit diesem — gemessen am Bedarf — geringen Zuschuß auch nur das heutige Einfuhrvolumen und damit das gegenwärtige Wirtschaftsniveau aufrechtzuerhalten, geschweige denn das Sozialprodukt, wie es der hier besprochene Plan erfordert, Jahr um Jahr um etwa 6 vH zu erweitern.

Schätzt man den Einfuhrbedarf am Ende der Wiederaufbauperiode, so kommt man auf einen Betrag von etwa 3,5 Mrd. Dollar, der sich wie folgt zusammensetzt (in Preisen von 1949):

Rohstoffe und Halbwaren	2,0 Mrd. \$
Fertigfabrikate	0,5 „
Nahrungsmittel	1,0 „

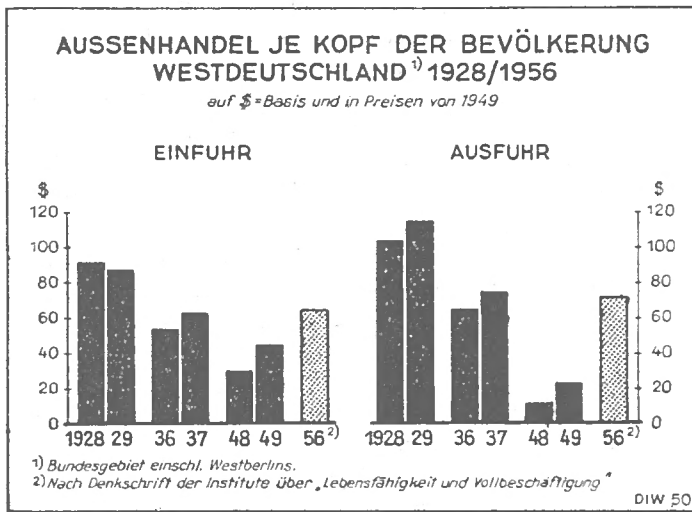
¹⁾ Vgl. Wochenbericht, 17. Jahrg., Nr. 15, S. 61.

Die genannten Zahlen setzen sparsame Verwendung der Einfuhrwaren voraus; sie werden sich bei voller Liberalisierung des Außenhandels nicht unerheblich erhöhen. Ferner muß in Rechnung gestellt werden, daß vermutlich die künftige Dienstleistungsbilanz mit einigen 100 Millionen Dollar passiv abschließen dürfte. Hier wirkt sich der Verlust der deutschen Handelsflotte sehr ungünstig aus. Bei ihrem teilweisen Wiederaufbau würde ab 1956 jährlich ein Devisenbetrag in der Größenordnung von 100 Millionen Dollar eingespart werden können. Auch die Wiederaufnahme des Kapaldienstes für die Vorkriegsauslandsanleihen sowie etwa neu entstehende Zinsver-

Möglichkeit, die für seine Durchführung erforderliche Ausfuhrsteigerung zu realisieren, steht und fällt. Immerhin sei darauf hingewiesen, daß die erforderliche Ausfuhr von reichlich 70 Dollar je Kopf der Bevölkerung (in Preisen des Jahres 1949) zwar dreimal so hoch wäre wie die tatsächlich im Jahre 1949 erzielte Ausfuhr, jedoch die entsprechende Vorkriegsziffer kaum überschreiten würde. Im konjunkturellen Höhepunkt Ende der zwanziger Jahre betrug die westdeutsche Ausfuhr sogar 120 Dollar je Kopf der Bevölkerung.

Unterstellt man die Realisierbarkeit einer kontinuierlichen Ausfuhrsteigerung von jährlich

Abb. 2



pflichtungen wären bei einer Vorausschätzung der Passivseite der künftigen deutschen Zahlungsbilanz zu berücksichtigen.

Um die Zahlungsbilanz ausgleichen zu können, müßte unter den gemachten Voraussetzungen die deutsche Ausfuhr innerhalb von sechs Jahren von jährlich 1,15 Milliarden Dollar auf 3,5 bis 4 Milliarden Dollar gesteigert werden.

Dies ist gleichbedeutend mit einer jährlichen Zunahme der Ausfuhr von 20 bis 25 vH. Im Falle der Liberalisierung liegt die erforderliche Zuwachsrate noch weit höher, andererseits wird sich in diesem Falle eine Ausfuhrsteigerung auch viel leichter erzielen lassen. Im Rahmen vorliegender Betrachtung muß auf eine eingehende Erörterung der Frage verzichtet werden, ob eine so hohe Zuwachsrate überhaupt möglich erscheint, und, bejahendenfalls, mit welchen Mitteln sie erreicht oder zum mindesten mit Aussicht auf Erfolg angestrebt werden kann. Es sei in dieser Hinsicht auf die eingangs zitierte Denkschrift verwiesen. Wie sich der deutsche Außenhandel auch immer gestalten möge, fest steht, daß ein Wiederaufbauprogramm in dem skizzierten Ausmaß mit der

20 bis 25 vH und rechnet andererseits mit einer Zuwachsrate der Einfuhr von etwa 8 vH (in diesem Falle würde innerhalb von sechs Jahren eine Einfuhr von 3,5 Milliarden Dollar erreicht werden), so läßt sich aus diesen Daten ein Rückschluß auf den innerhalb der sechsjährigen Aufbauperiode erforderlichen Devisenzuschuß ziehen. Er hat die Größenordnung von 3 Milliarden Dollar; dazu käme noch eine gewisse Reserve zur Begleichung des wahrscheinlich passiven Dienstleistungssaldos und des Kapaldienstes. Bei schnellerem Tempo des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs würde sich der Zuschußbetrag erheblich verringern, bei langsamerem Tempo aber entsprechend vergrößern.

Zusagen für einen Zuschuß bestehen zur Zeit nur hinsichtlich der ersten 2½ Aufbaujahre, also für die Zeit bis Mitte 1952. Die für diesen Zeitraum zu erwartenden ERP-Mittel wurden bereits mit etwa 1,2 Milliarden Dollar beziffert. Der über diesen Betrag hinaus innerhalb der Wiederaufbauperiode zu erwartende Fehlbetrag in der Größenordnung von rd. 2 Milliarden Dollar dürfte zum größeren Teil in harter Währung (US-Dol-

lar, kanadische Dollar) und nur zum kleineren Teil in den verschiedenen Devisen insbesondere der europäischen Handelspartner anfallen. Das der vorliegenden Untersuchung als Basis dienende Gutachten rechnet für die Überbrückungszeit mit einem zusätzlichen Bedarf an harter Währung in Höhe von 1 bis 1,5 Milliarden Dollar, der nach den Vorschlägen des Gutachtens auf dem Wege der Aufnahme echter Kredite in den USA aufgebracht werden soll. Die Beschaffung weiterer Kredite in der Währung der verschiedenen europäischen Partnerländer dürfte für den Wiederaufbau kein unüberwindbares Hindernis bilden, sofern die deutsche Wirtschaft sich auf Grund eines konstruktiven Wiederaufbauplanes und auf Grund einer seine Durchführung im wesentlichen sichernden Dollarzusage der USA als kreditfähig erweist. Die Untersuchungen über den Einfluß einer vollen Liberalisierung des europäischen Außenhandels auf die deutsche Zahlungsbilanz sind noch nicht abgeschlossen, jedoch dürfte kein Zweifel daran bestehen, daß die Liberalisierung erhebliche Vorteile für die gesamteuropäische Wirtschaft bringen wird. Damit steigen selbstverständlich auch die Chancen jedes einzelnen Landes, das an der vollen Liberalisierung teilnimmt, einen immer größeren Anteil seines Einfuhrbedarfs innerhalb der Gruppe der an der Liberalisierung teilnehmenden Länder decken zu können. Es steht zu hoffen, daß die Einfuhr aus den Dollarländern sich hierdurch auf das Maß verringern läßt, das dem Dollaraufkommen aus Exporten nach diesen Ländern entspricht.

Wiederaufbaufinanzierung und Investitionslenkung

Aus den Größenordnungen des skizzierten Aufbauprogramms ergibt sich für die nächsten sechs Jahre ein Nettoinvestitionsaufwand von 60 bis 80 Milliarden DM oder von im Durchschnitt jährlich rd. 12 Milliarden DM. Es kann kaum damit gerechnet werden, daß diese Mittel auf dem üblichen Wege der Finanzierung in voller Höhe anfallen, d. h., daß sie von den Betrieben, der Bevölkerung oder aus öffentlichen Haushaltsmitteln erspart werden. Auch die zum Ausgleich der Zahlungsbilanz erforderlichen Auslandshilfen im Gesamtbetrag von reichlich 3 Milliarden Dollar oder etwas über 12 Milliarden DM können nur eine jährliche Entlastung von rd. 2 Milliarden DM bringen. Rechnet man mit jährlich 3 bis 4 Milliarden DM aus ersparten Mitteln der Betriebe — es ist dies sehr viel in Anbetracht des gegenwärtigen Preisdrucks, der sich insbesondere durch die Liberalisierung des Außenhandels noch wesentlich verstärken dürfte —, ferner mit 2 bis

3 Milliarden DM aus freiwilliger Sparung der Bevölkerung — eine ebenfalls sehr optimistische Schätzung —, so müßten zur Durchführung des Wiederaufbauplanes im Jahresdurchschnitt 4 Milliarden DM aus öffentlichen Mitteln beigesteuert werden. Hiervon können allenfalls 1 bis 2 Milliarden DM aus dem Steueraufkommen sowie aus Mitteln des Lastenausgleichs aufgebracht werden, für die Finanzierung des Restbetrages kommt nach Lage der Dinge wohl nur der Weg der öffentlichen Kreditschöpfung in Frage, d. h. die Ausgabe kurzfristiger Schuldverpflichtungen der öffentlichen Hand und ihre unmittelbare Verwendung zu Zahlungszwecken, ein Vorgang, der in der Regel eine Vermehrung des Geldvolumens nach sich zieht. Der angedeutete Weg ist für die Stabilhaltung der Währung solange ungefährlich, als die zusätzlich geschaffene Kaufkraft nicht auf Engpässe bei der Bereitstellung der gewünschten Güter stößt. Insbesondere wird es Einfuhrschwierigkeiten kaum geben, solange die an die Einfuhr gestellten Ansprüche sich in dem durch zusätzliche Kredite des Auslandes gesicherten Rahmen halten. Allerdings werden mit dieser Voraussetzung gleichzeitig die Grenzen sichtbar, über die die Kreditausweitung nicht hinausgehen darf, ohne Folgen für die Gestaltung der Wechselkurse sowie der Inlandspreise zu haben. In der Praxis wird es für die Wirtschaftsführung zweckmäßig sein, unter sorgfältiger Konjunkturb Beobachtung (Preise, Lagerhaltung usw.) sich gewissermaßen experimentell an diese Grenzen heranzuarbeiten.

Auch die richtige Auswahl der Investitionsvorhaben ist für das Gelingen des Wiederaufbauplanes geradezu entscheidend. Es handelt sich keineswegs nur darum, daß überhaupt investiert wird, vielmehr müssen die Investitionen in Anbetracht des vordringlichen Bedarfes, wie er sich bei steigendem Wirtschaftsniveau und wachsendem Einkommen automatisch einstellen wird, sinnvoll sein. Auch ist es notwendig, zu überwachen, daß von den Betrieben aus nicht nur „rationalisiert“, sondern, im Sinne des Wiederaufbauprogramms, auch „neu aufgebaut“ wird, soll doch die industrielle Produktionskapazität gegenüber 1936 auf das 1½fache gesteigert werden.

Um eine unmittelbare und mittelbare Investitionslenkung durchführen zu können, bedarf es eines umfassenden Überblicks auf der Grundlage einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Ihr Ausbau wird auch unter dem Gesichtspunkt einer den gesamten Wirtschaftsablauf kontrollierenden Rahmenplanung als dringend notwendig erachtet. Die dem Staat zur Verfügung stehenden Mittel, um auf die Investitionsvorhaben Einfluß zu neh-

men, sind mannigfaltig. Bei der skizzierten Finanzierung tritt der Staat hinsichtlich der Hälfte des Investitionsprogramms als unmittelbarer Geldgeber auf (einbezogen ist in diese Rechnung die Auslandshilfe, die nach Lage der Dinge nur unter Mitbestimmungsrecht des Staates zur Verteilung kommen wird). Darüber hinaus kann der Staat seinen Einfluß bei der Vergabe der bei den Banken, Sparkassen usw. eingehenden Spargelder geltend machen. Auch von der Seite der Preis- und Einkommensgestaltung her, ferner durch öffentliche Subventionen usw. können richtunggebende Einflüsse auf die Gestaltung der Investitionen ausgeübt werden.

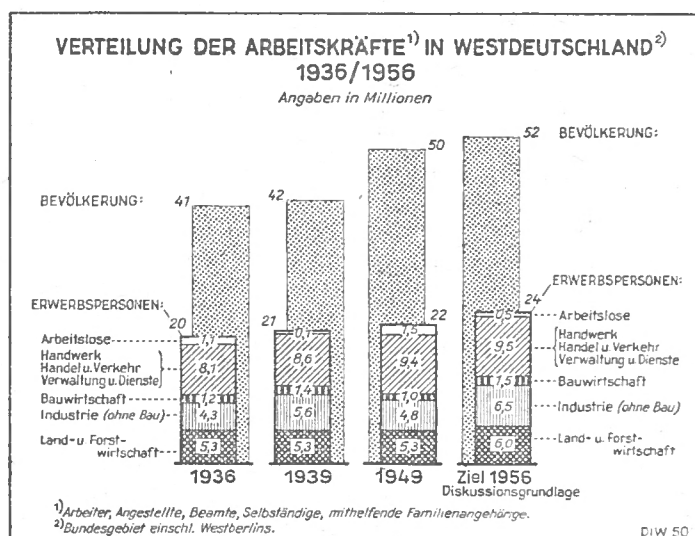
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Die Frage, ob der zur Diskussion gestellte Wiederaufbauplan „konstruktiv“ ist, d. h. ob die Wünsche für die künftige wirtschaftliche Entwicklung in ausreichendem Maße den gegebenen

Im einzelnen ist eine Zunahme der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte um 10 vH, der Industriebelegschaft um 50 vH, der Bauarbeiter um 25 vH und endlich der im Handel, Handwerk, Verkehr, Verwaltung und in den Dienstleistungsgewerben Tätigen um knapp 20 vH ins Auge gefaßt. Die sich hierbei ergebende Strukturänderung trägt dem Umstand Rechnung, daß Deutschland durch die Abtrennung der Gebiete östlich der Oder-Neiße, zum mindesten zeitweilig, rd. ein Viertel seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche eingebüßt hat und ein Ausgleich nur durch verstärkte Industrialisierung möglich ist.

Es wird weiter unterstellt, daß die auf die Zahl der Arbeitskräfte bezogene Produktivität der deutschen Wirtschaft, die im Jahre 1949 je nach Wirtschaftsbereich noch um 10 bis 20 vH hinter der Vorkriegsproduktivität zurücklag, im Verlauf der nächsten sechs Jahre wieder den Vorkriegsstand erreichen wird.

Abb. 3



Möglichkeiten Rechnung tragen, wird zweckmäßigerweise an Hand der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung überprüft. Als Ausgangspunkt einer solchen zusammenfassenden Betrachtung gibt Abb. 3 Aufschluß über die frühere, die gegenwärtige und die nach dem zur Diskussion gestellten Vorschlag anzustrebende künftige Verteilung der Arbeitskräfte im Bundesgebiet einschließlich Westberlins.

Hervorzuheben ist, daß bis zum Ablauf des dargestellten Zeitraumes die Bevölkerung von 41 Mill. (1936) auf vermutlich 52 Mill. (1956) anwachsen wird, die Zahl der Erwerbspersonen wird dabei von 20 Millionen auf voraussichtlich 24 Millionen steigen, der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung wird also infolge der Auswirkungen des Krieges etwas geringer bleiben als vor dem Kriege.

Unter diesen Voraussetzungen würde bei Beachtung der relativ stärkeren Industrialisierung das Sozialprodukt im Jahr 1956 um etwa 30 vH höher liegen als 1936, allerdings bei einer ebenfalls um knapp 30 vH gewachsenen Bevölkerung. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, wird also auch nach Ablauf des Wiederaufbauprogramms der gesamtwirtschaftliche Produktionsstand des Jahres 1936 nur unbedeutend überschritten werden.

Bezogen auf 1949 und gerechnet in den Preisen dieses Jahres würde dieses Ergebnis eine Steigerung des Wertes des Nettosozialprodukts von rd. 76 Milliarden DM auf rd. 110 Milliarden DM bedeuten. Von diesem Zuwachs würden über zwei Drittel auf die Erhöhung der Industrieproduktion entfallen. Von der zusätzlichen industri-

ellen Erzeugung wiederum werden zur Bestreitung der Ausfuhrsteigerung rd. 3 Milliarden \$ oder rd. 12 Milliarden DM benötigt.

Auch über die vermutliche Verwendung des Sozialprodukts lassen sich gewisse Aussagen machen. Für Investitionen wären im Jahre 1956 bei einer Steigerung der Investitionsrate von 12 auf 14 vH rd. 16 Milliarden DM in Ansatz zu bringen (statt 9 Milliarden DM im Jahre 1949). Für öffentliche Bedarfsdeckung einschl. Besatzungskosten (Güter und Dienste) dürften 16 Milliarden DM ausreichen (statt 14,5 Milliarden DM im Jahre 1949; berücksichtigt ist hierbei die fallende Tendenz der Besatzungskosten).

Für die Verbrauchsdeckung der Bevölkerung blieben somit 75 Milliarden DM verfügbar (statt 55 Milliarden DM im Jahre 1949, hier einschl. der Auslandshilfen). Je Kopf der Bevölkerung entspräche dies einem Jahresverbrauch von rd. 1450 DM oder in Preisen des Jahres 1936 von 850 RM. Dieser Betrag entspricht noch nicht dem durchschnittlichen Verbrauch des Jahres 1936. Für die Beurteilung des hierbei möglichen künftigen Lebensstandards der deutschen Bevölkerung muß aber im Auge behalten werden, daß große Teile des deutschen Volkes, insbesondere Flüchtlinge und Vertriebene sowie Bombengeschädigte heute noch völlig besitzlos unter den primitivsten Verhältnissen ihr Leben fristen. Ihnen muß vor allem durch Bereitstellung der lebensnotwendigen Wohnungseinrichtung und Ausrüstung geholfen werden. Von den anfallenden Verbrauchsgütern müssen also notgedrungen große Teile zur Ausstattung der am schwersten Geschädigten vorweg abgezweigt werden. Der Lebensstandard der Gesamtbevölkerung, der sich nicht nur nach dem Umfang der Verbrauchsausgaben richtet, sondern auch nach der Höhe des in den Haushaltungen vorhandenen Gebrauchsvermögens, wird also, auch bei durchschnittlich ebenso hohem Verbrauch je Kopf der Bevölkerung wie vor dem Kriege, noch lange weit unter dem Vorkriegsstand bleiben.

Das bei Durchführung des skizzierten Wiederaufbaues erreichbare Ziel ist also sehr bescheiden. Abb. 1 zeigt, daß Deutschland auch nach Durchführung des ins Auge gefaßten Planes hinsichtlich der dann erreichten industriellen Leistung weit hinter den übrigen europäischen

Ländern, insbesondere hinter Frankreich und Großbritannien, zurückstehen wird.

Als große Unbekannte der vorliegenden Berechnungen bleibt die Frage offen, ob es in dem kurzen hierfür vorgesehenen Zeitraum gelingen wird, Deutschland in dem für den Erfolg des Planes erforderlichen Maße wieder in den Weltmarkt einzuschalten. Von Deutschland aus wird, soll der Plan gelingen, neben intensivster Bemühungen um Steigerung der Ausfuhr in erster Linie im Bereich der Bereitstellung öffentlicher Geldmittel für Investitionen, gegebenenfalls auf dem weiter oben angedeuteten Wege der Kreditexpansion, eine weit stärkere Initiative als bisher ergriffen werden müssen.

★

„Pläne“, wie der vorstehend skizzierte, werden häufig in ihrer Absicht verkannt. Sie wollen weder eine Prognose geben dessen, was in den nächsten Jahren voraussichtlich geschehen wird — insoweit unterscheiden sie sich insbesondere von den vor dem Kriege üblichen Konjunkturprognosen —, noch wollen sie — im strengen Sinne dieses Wortes — Bestandteil einer exakten „Planung“ sein. Vielmehr soll durch die vorliegende Planabsteckung nur der äußere Rahmen angedeutet werden, innerhalb dessen eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in den nächsten Jahren unter der Zielsetzung: „Vollbeschäftigung und Unabhängigkeit von Auslandshilfen“ überhaupt möglich erscheint.

Es ist Sache der Wirtschaftsführung, sei es durch Aufstellung „Nationaler Budgets“, wie es in den USA, Groß-Britannien und vielen anderen Ländern jährlich der Fall ist, oder durch Bekanntgabe eines sich auf mehrere Jahre erstreckenden Programms die Richtung der im einzelnen angestrebten Wirtschaftsentwicklung aufzuzeigen. Auf diese Ziele sind sämtliche wirtschaftspolitischen Maßnahmen abzustimmen. Darüber hinaus können und sollen diese Programme der Privatwirtschaft eine gewisse Stütze für ihre Pläne an die Hand geben. Ändern sich, wie es häufig vorkommen wird, noch vor Erreichung der gesteckten Ziele die unterstellten politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, so ist es Aufgabe der Wirtschaftspolitik, sich den geänderten äußeren Bedingungen elastisch anzupassen.